

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung	39
Kapitel 1: Organisationsformen und rechtliche Grundlagen öffentlicher Förderbanken	45
A. Organisationsformen der öffentlichen Förderbanken	46
B. Rechtliche Grundlagen der bestehenden öffentlichen Förderbanken	81
C. Exkurs: Überblick über öffentliche Förderbanken in den EU- Mitgliedstaaten und im übrigen Europa	111
Kapitel 2: Öffentlicher Auftrag und staatliche Absicherung öffentlicher Förderbanken	115
A. Öffentlicher Auftrag der öffentlichen Förderbanken	117
B. Staatliche Absicherung der öffentlichen Förderbanken	118
C. Wettbewerbsrechtliche Implikationen	145
D. „Geschäftsmodell“ der öffentlichen Förderbanken	152
Kapitel 3: Staatliche Einflussnahme und Kontrolle mit Blick auf öffentliche Förderbanken	185
A. Grundlagen und verfassungsrechtliche Anforderungen	185
B. Umsetzung staatlicher Einflussnahme und Kontrolle bei öffentlich-rechtlichen Förderbanken	187
C. Umsetzung staatlicher Einflussnahme und Kontrolle bei öffentlichen Förderbanken in Privatrechtsform	256
Kapitel 4: Bankaufsichtsrechtliche Vorgaben für öffentliche Förderbanken	299
A. Einführung in das Bankenaufsichtsrecht	299
B. Vorgaben des Bankenaufsichtsrechts	311

Zusammenfassende Gesamtbetrachtung	443
Literaturverzeichnis	451

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung	39
Kapitel 1: Organisationsformen und rechtliche Grundlagen öffentlicher Förderbanken	45
A. Organisationsformen der öffentlichen Förderbanken	46
I. Organisation in der Rechtsform der juristischen Person des öffentlichen Rechts	47
1. Unterscheidung Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts	47
2. Ausmaß der Verselbstständigung der Anstalt des öffentlichen Rechts	49
a. Rechtsfähige (selbstständige) Anstalten des öffentlichen Rechts	49
b. Teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	51
c. Nicht rechtsfähige (unselbstständige) Anstalten des öffentlichen Rechts	52
d. Rechtlich unselbstständiger Geschäftsbereich einer Anstalt des öffentlichen Rechts	54
II. Organisation in der Rechtsform der juristischen Person des Privatrechts	55
1. Privatrechtlich organisierte Verwaltung	55
2. Öffentliche Förderbanken in Privatrechtsform	57
III. Handlungsformen	58
1. Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	59
a. Vergabe von Förderkrediten	61
i. Gemischt öffentlich- und privatrechtliche Handlungsform: „Zweistufentheorie“	61
ii. Verwaltungsprivatrechtliche Handlungsform: Einstufig verwaltungsprivatrechtliche Vergabe von Förderkrediten	64
iii. Öffentlich-rechtliche Handlungsform: Einstufig öffentlich-rechtliche Vergabe von Förderkrediten	65
iv. Bewertung	68
	9

b. Vergabe von (verlorenen) Zuschüssen	71
c. Ergebnis	72
2. Privatrechtliche Organisationsformen	73
IV. Einbindung in die Verwaltungsstruktur	77
1. Unterscheidung unmittelbare – mittelbare Staatsverwaltung	77
2. Öffentlich-rechtliche Förderbanken	78
3. Privatrechtlich organisierte öffentliche Förderbanken	79
B. Rechtliche Grundlagen der bestehenden öffentlichen Förderbanken	81
I. Errichtung in öffentlich-rechtlicher Rechtsform	81
1. Errichtung auf Bundesebene: Gründung unmittelbar durch Bundesgesetz	83
a. Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	84
b. Landwirtschaftliche Rentenbank (LRB)	86
2. Errichtung auf Landesebene – Gründung durch oder aufgrund eines Landesgesetzes	87
a. NRW.BANK	88
b. Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – (L-Bank)	89
c. LfA Förderbank Bayern (LfA)	90
d. Investitionsbank Berlin (IBB)	91
e. Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)	92
f. Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB)	92
g. Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)	93
h. Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH)	94
i. Investitions- und Förderbank Niedersachsen – NBank	95
j. Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)	96
k. Thüringer Aufbaubank (TAB)	97
l. Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB)	97
m. Bayerische Landesbodenkreditanstalt (BayernLaBo)	98
n. Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WiBank)	99
o. Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI)	101
II. Errichtung in Privatrechtsform	101
1. Entscheidungskompetenz für die Errichtung in Privatrechtsform	102
a. Besondere grundgesetzliche oder landesverfassungsrechtliche Gesetzesvorbehalte	102
i. Grundgesetz	102

ii. Landesverfassungen	105
b. Allgemeiner institutioneller oder auch organisatorischer Gesetzesvorbehalt	107
c. Regelungsdichte einer gesetzlichen Grundlage	108
d. Zwischenergebnis	109
2. Konkret: Rechtliche Grundlagen bestehender öffentlicher Förderbanken in Privatrechtsform	110
a. SIKB	110
b. BAB	111
C. Exkurs: Überblick über öffentliche Förderbanken in den EU-Mitgliedstaaten und im übrigen Europa	111
I. Öffentliche Förderbanken in EU-Mitgliedstaaten	112
II. Öffentliche Förderbanken in Europa	112
1. Europäische Investitionsbank (EIB)	112
2. Sonstige öffentliche Förderbanken in Europa	114
Kapitel 2: Öffentlicher Auftrag und staatliche Absicherung öffentlicher Förderbanken	115
A. Öffentlicher Auftrag der öffentlichen Förderbanken	117
B. Staatliche Absicherung der öffentlichen Förderbanken	118
I. Anstaltslast, Gewährträgerhaftung und Refinanzierungsgarantie bei öffentlich-rechtlichen Förderbanken	119
1. Anstaltslast	120
a. Rechtliche Begründung der Anstaltslast	120
b. Begriff und Rechtsnatur	123
c. Anstaltslast bei öffentlich-rechtlichen Förderbanken	125
2. Gewährträgerhaftung	127
a. Rechtliche Begründung der Gewährträgerhaftung	127
b. Begriff und Rechtsnatur	128
c. Subsidiarität der Gewährträgerhaftung	129
d. Gewährträgerhaftung bei öffentlich-rechtlichen Förderbanken	130
3. Staatliche Refinanzierungsgarantie	131
II. Finanzierungspflicht und Haftung bei öffentlichen Förderbanken in Privatrechtsform	132
1. Zivilrechtliche Lösungen: Finanzierungspflicht im Innen- und Durchgriffshaftung im Außenverhältnis	134
a. Materielle Unterkapitalisierung	134

b. Rechtsformenmissbrauch	135
c. Konzernrechtliche Ausgleichspflicht	136
d. Konzernvertrauenshaftung	138
e. Fazit zu zivilrechtlichen Lösungen	140
2. Öffentlich-rechtliche Lösung: Überlagerung des Trennungsprinzips durch öffentliche Bindungen	140
3. Ergebnis	144
C. Wettbewerbsrechtliche Implikationen	145
I. Beihilfenbegriff	146
II. Subsumtion von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung unter den Beihilfenbegriff	147
III. Brüsseler Verständigungen	148
IV. Umsetzung der Brüsseler Verständigungen in Bezug auf öffentliche Förderbanken	150
D. „Geschäftsmodell“ der öffentlichen Förderbanken	152
I. Subsidiaritätsprinzip	153
II. Abgrenzung zu Geschäftsbanken	155
III. Ausgestaltung des Fördergeschäfts der öffentlichen Förderbanken	157
1. Förderprogramme	157
a. Bundes- oder Landesprogramme mit oder ohne Finanzierungsbeteiligung der öffentlichen Förderbanken	158
b. Eigenprogramme der öffentlichen Förderbanken	160
2. Förderinstrumente	161
3. Aktuelle Entwicklungen in Bezug auf das Fördergeschäft	164
IV. Kooperativer Ansatz: Hausbankprinzip	165
1. Umsetzung des Hausbankprinzips	166
a. Vergabe als durchgeleiteter Kredit	166
b. Vergabe als durchlaufender Kredit	170
c. Vergabe als Verwaltungskredit	172
2. Vorteile des Hausbankprinzips	173
V. Finanzierungsquellen der öffentlichen Förderbanken	175
1. Finanzierung durch Bereitstellung von Geldern aus öffentlichen Haushalten oder außerbudgetären Sondervermögen	175
2. Finanzierung über andere öffentliche Förderbanken	177
a. Finanzierung über die KfW oder LRB	178

b. Finanzierung über EIB oder andere europäische Förderbanken	179
3. Finanzierung über den Geld- und Kapitalmarkt	180
4. Förderzusammenhangsgeschäft	183
Kapitel 3: Staatliche Einflussnahme und Kontrolle mit Blick auf öffentliche Förderbanken	185
A. Grundlagen und verfassungsrechtliche Anforderungen	185
B. Umsetzung staatlicher Einflussnahme und Kontrolle bei öffentlich-rechtlichen Förderbanken	187
I. Verwaltungsinterne Einflussnahme und Kontrolle öffentlich-rechtlicher Förderbanken	188
1. Handhabung der Anstaltsaufsicht und Aufsichtsmittel im Rahmen der Anstaltsaufsicht	190
2. Regelungen in den Errichtungsgesetzen der öffentlich-rechtlichen Förderbanken	194
II. Einflussnahme durch Festlegung der Tätigkeitsziele der öffentlich-rechtlichen Förderbanken (Zielkonzeption) und diesbezügliche Kontrolle	196
III. Staatliche Einflussnahme und Kontrolle über Besetzungsrechte in Bezug auf die Organe der öffentlich-rechtlichen Förderbanken	198
1. Vorab: Organstruktur der öffentlich-rechtlichen Förderbanken	198
a. Selbstständige öffentlich-rechtliche Förderbanken	199
b. Teilrechtsfähige öffentlich-rechtliche Förderbank	200
c. Unselbstständige öffentlich-rechtliche Förderbanken	200
2. Staatliche Einflussnahme und Kontrolle über Besetzungsrechte der öffentlichen Hand in Bezug auf die Anstaltsversammlung der öffentlich-rechtlichen Förderbanken	201
a. Besetzung der Anstaltsversammlung der öffentlich-rechtlichen Förderbanken	202
b. Befugnisse der Anstaltsversammlung	203
3. Staatliche Einflussnahme und Kontrolle über Besetzungsrechte der öffentlichen Hand in Bezug auf den Verwaltungsrat oder den Ausschuss	204
a. Besetzung des Verwaltungsrats oder des Ausschusses der öffentlich-rechtlichen Förderbanken	205

b.	Befugnisse und Rechte des Verwaltungsrats	206
i.	Auskunftsrecht des Verwaltungsrats oder des Ausschusses	206
ii.	Weisungsbefugnisse des Verwaltungsrats oder des Ausschusses gegenüber dem Vorstand	206
iii.	Befugnis zu Satzungsänderungen	208
iv.	Mitwirkungs- / Zustimmungrechte	209
4.	Staatliche Einflussnahme und Kontrolle über Besetzungsrechte der öffentlichen Hand in Bezug auf den Vorstand	210
5.	Zusammenfassende Betrachtung	212
IV.	Verwaltungsexterne Einflussnahme und Kontrolle öffentlich-rechtlicher Förderbanken	213
1.	Staatliche Einflussnahme und Kontrolle durch den Bundestag oder jeweiligen Landtag	213
a.	Spezifische Fremdinformationsrechte des Bundestages oder des jeweiligen Landtages: insbesondere Finanzkontrolle	215
i.	Information des Bundestages oder jeweiligen Landtages über den Haushaltsplan	216
ii.	Information über die Rechnungslegung durch den Bundes- oder Landesminister der Finanzen	219
b.	Allgemeines verfassungsrechtliches Informationsrecht des Bundestages oder des jeweiligen Landtages	221
i.	Verfassungsrechtliche Herleitung und einfachgesetzliche Ausgestaltung	221
ii.	Grenzen des allgemeinen verfassungsrechtlichen Informationsrechts des Bundestages oder des jeweiligen Landtages	225
(1)	Gewaltenteilungsgrundsatz	226
(2)	Verantwortungsbereich der Exekutive	227
(3)	Grundrechte, insbesondere unter dem Gesichtspunkt grundrechtlich geschützter Geheimhaltungsinteressen	228
2.	Finanzkontrolle durch den Bundes- oder Landesrechnungshof	232
a.	Allgemeines	232
b.	Prüfung von aus der unmittelbaren Staatsverwaltung ausgegliederter Einheiten	235

3. Handelsrechtliche Prüfung der Rechnungslegung durch externe Abschlussprüfer	240
4. Gerichtliche Kontrolle	241
5. Kontrolle durch die Öffentlichkeit	244
a. Öffentlich-rechtliche Förderbanken als Auskunftspflichtete	248
i. Informationsfreiheits- oder -zugangs- und Transparenzgesetze	248
ii. Landespressegesetze	251
b. Ausnahmetatbestände	253
V. Zusammenfassende Bewertung der staatlichen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten bei öffentlich-rechtlichen Förderbanken mit Blick auf die verfassungsrechtlichen Anforderungen des Demokratieprinzips	253
C. Umsetzung staatlicher Einflussnahme und Kontrolle bei öffentlichen Förderbanken in Privatrechtsform	256
I. Verwaltungsinterne Einflussnahme und Kontrolle öffentlicher Förderbanken in Privatrechtsform	257
1. Formelle Privatisierung mit Beleihung	258
2. Formelle Privatisierung ohne Beleihung	259
II. Vorgabe des öffentlichen Zwecks in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag (Zielvorgabe)	259
III. Staatliche Einflussnahme und Kontrolle im Rahmen der von der jeweiligen Rechtsform zugelassenen Steuerungsinstrumente	262
1. Vorab: Organstruktur der AG und der GmbH	263
a. Organstruktur der AG	263
b. Organstruktur der GmbH	265
2. Organisatorisch-personelle Einflussnahme und Kontrolle bei SIKB und BAB	267
a. Aktiengesellschaft (SIKB)	268
b. GmbH (BAB)	270
3. Sachlich-inhaltliche Einflussnahme und Kontrolle bei SIKB und BAB	271
a. Aktiengesellschaft (SIKB)	272
i. Weisungsrechte	272
ii. Berichtspflichten	275
iii. Zusammenfassung	277
b. GmbH (BAB)	277
i. Weisungsrechte	277

ii. Berichtspflichten	278
iii. Zusammenfassung	279
4. Zusammenfassende Betrachtung zur Einflussnahme und Kontrolle im Rahmen der von der jeweiligen Rechtsform zugelassenen Steuerungsinstrumente	279
a. SIKB	279
b. BAB	280
IV. Verwaltungsexterne Einflussnahme und Kontrolle öffentlicher Förderbanken in Privatrechtsform	280
1. Staatliche Einflussnahme und Kontrolle durch den Bundestag oder den jeweiligen Landtag	280
a. Spezifisches Informationsrecht im Rahmen der Finanzkontrolle durch den Bundestag oder den jeweiligen Landtag	281
b. Allgemeines Informationsrecht des Bundestages oder des jeweiligen Landtages	282
2. Prüfung der öffentlichen Förderbanken in Privatrechtsform durch den Bundes- oder den jeweiligen Landesrechnungshof	289
a. Prüfung bei Stellen außerhalb der Bundes- oder Landesverwaltung	289
b. Prüfung der staatlichen Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen (Betätigungskontrolle)	290
c. Prüfung der juristischen Personen des Privatrechts selbst	292
3. Handelsrechtliche Prüfung durch externe Abschlussprüfer	293
4. Gerichtliche Kontrolle	295
5. Kontrolle durch die Öffentlichkeit	295
V. Zusammenfassende Bewertung der staatlichen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten bei öffentlichen Förderbanken in Privatrechtsform mit Blick auf die verfassungsrechtlichen Anforderungen des Demokratieprinzips	296
Kapitel 4: Bankaufsichtsrechtliche Vorgaben für öffentliche Förderbanken	299
A. Einführung in das Bankenaufsichtsrecht	299
I. Entwicklung des Bankenaufsichtsrechts in Deutschland	299

II.	Gründe, Ziele und Aufgabe des Bankenaufsichtsrechts	306
III.	Förderbankspezifische Besonderheiten des Bankenaufsichtsrechts	308
IV.	Verhältnis des Bankenaufsichtsrechts zu anderen Formen staatlicher Aufsicht über öffentliche Förderbanken	309
B.	Vorgaben des Bankenaufsichtsrechts	311
I.	Zuständige Aufsichtsbehörde	312
1.	Überblick	312
2.	Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	315
a.	KfW	315
b.	NBank und BAB	316
c.	Rechtlich selbstständige öffentliche Förderbanken (außer KfW, NBank und BAB)	316
i.	Vor dem Inkrafttreten der CRD V	316
(1)	Die Urteile des EuG und des EuGH im L-Bank-Verfahren	317
(2)	Rechtswidrigkeit des Art. 70 SSM-RahmenVO	320
(3)	Zusammenfassung	321
ii.	Nach dem Inkrafttreten der CRD V	322
d.	Teilrechtsfähige und rechtlich unselbstständige öffentlich-rechtliche Förderbanken	322
II.	Erlaubnispflicht	323
1.	Überblick	323
2.	Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	325
III.	Großkredite	326
1.	Überblick	327
2.	Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	328
IV.	Eigenmittelanforderungen	330
1.	Überblick	331
a.	Qualitative Anforderungen	332
b.	Quantitative Anforderungen	333
2.	Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	335
a.	Einhaltung der Eigenmittelanforderungen durch die öffentlichen Förderbanken	335
i.	Anwendbarkeit	335
(1)	KfW	335

	(2) Rechtlich selbstständige öffentliche Förderbanken (außer KfW)	336
	(3) Teilrechtsfähige und rechtlich unselbstständige öffentlich-rechtliche Förderbanken	337
	ii. Förderbankspezifische Besonderheiten bei der Anwendung der Eigenmittelanforderungen	338
	b. Einhaltung der Eigenmittelanforderungen aus der Perspektive der Gläubiger- oder Partnerbanken der öffentlichen Förderbanken	342
	i. Risikogewichtung der gegenüber den öffentlichen Förderbanken bestehenden Forderungen	342
	ii. Abzugsposten vom harten Kernkapital im Rahmen des NPL-Backstop	344
V.	Verschuldungsquote (<i>Leverage Ratio</i>)	345
	1. Überblick	345
	2. Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	346
	a. Einhaltung der Verschuldungsquote durch die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	346
	b. Auswirkungen auf die öffentlichen Förderbanken aufgrund von Marktveränderungen infolge der Einführung der Verschuldungsquote	350
VI.	Liquiditätsanforderungen	351
	1. Mindestliquiditätsquote (<i>Liquidity Coverage Ratio – LCR</i>)	352
	a. Überblick	353
	b. Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	355
	i. LCR als von den öffentlichen Förderbanken einzuhaltende aufsichtsrechtliche Kennzahl	356
	ii. Einstufung der gegenüber öffentlichen Förderbanken bestehenden Forderungen als HQLA	357
	2. Strukturelle Liquiditätsquote (<i>Net Stable Funding Ratio – NSFR</i>)	358
	a. Überblick	359
	b. Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	361
VII.	Organisatorische Anforderungen des Bankenaufsichtsrechts	362
	1. Überblick	362

2. Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken	366
a. Anwendbarkeit	366
b. Förderbankspezifische Besonderheiten bei der Anwendung der organisatorischen Anforderungen	367
i. Öffnungsklauseln	367
ii. Ökonomische Perspektive und Dauerhalteabsicht	368
iii. Eigenverantwortung und Unabhängigkeit der Geschäftsleiter und staatliche Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten	369
VIII. Vergütung	371
1. Überblick	371
2. Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	373
a. KfW	373
b. NBank und BAB	374
c. Rechtlich selbstständige öffentliche Förderbanken (außer KfW, NBank und BAB)	374
d. Teilrechtsfähige und rechtlich unselbstständige öffentlich-rechtliche Förderbanken	376
IX. Bankaufsichtsrechtliches Meldewesen	376
1. Überblick	377
a. Unionsrechtliche Meldepflichten	377
b. Nationale Meldepflichten	380
2. Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	381
a. Unionsrechtliche Meldepflichten	381
b. Nationale Meldepflichten	383
X. Laufende Aufsicht im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (<i>Supervisory Review and Evaluation Process – SREP</i>)	384
1. Überblick	384
2. Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	385
XI. Abwicklungsregime	386
1. Rechtlicher Rahmen	386
2. Anwendungsbereiche der speziellen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften	389
3. Zuständigkeitsverteilung zwischen SRB und nationalen Abwicklungsbehörden	391

4. Vorgaben und Instrumente des bankspezifischen Abwicklungsregimes mit Blick auf die öffentlichen Förderbanken	392
a. Präventivmaßnahmen: Sanierungs- und Abwicklungsplanung	393
i. Überblick	393
ii. Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	395
b. Frühinterventionsmaßnahmen	396
i. Maßnahmen nach dem ehemaligen KredReorgG	397
ii. Maßnahmen nach dem SAG	399
iii. Maßnahmen nach dem KWG	400
c. Abwicklungsmaßnahmen nach der SRM-VO und dem SAG	401
i. Abwicklungsvoraussetzungen	402
ii. Abwicklungsinstrumente	404
(1) Übertragungsanordnung	404
(2) Bail-in-Instrument	407
(a) Direkte Bail-in-Betroffenheit öffentlicher Förderbanken	410
(i) Vor dem Inkrafttreten der CRD V	410
(ii) Nach dem Inkrafttreten der CRD V	418
(b) Indirekte Bail-in-Betroffenheit öffentlicher Förderbanken	418
(3) Stilllegung	418
5. Vorgaben des Insolvenzrechts unter Berücksichtigung bankspezifischer Besonderheiten	419
6. Bankenabgabe	420
a. Überblick	420
b. Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	422
i. KfW	422
ii. NBank und BAB	423
iii. Rechtlich selbstständige öffentliche Förderbanken (außer KfW, NBank und BAB)	423
(1) Vor dem Inkrafttreten der CRD V	423
(a) Rechtlicher Rahmen	425
(b) Behandlung der Verbindlichkeiten der öffentlichen Förderbanken	426
(2) Nach dem Inkrafttreten der CRD V	432

iv. Teilrechtsfähige und rechtlich unselbstständige öffentlich-rechtliche Förderbanken	433
XII. Einlagensicherung	433
1. Überblick über die Einlagensicherung nach dem EinSiG	435
2. Bedeutung für die öffentlichen Förderbanken in Deutschland	438
Zusammenfassende Gesamtbetrachtung	443
Literaturverzeichnis	451